Trotz in Wlinsk.

Der Ver Vertrag gemeldet: Trotz ist in Wlinsk eingetroffen, wo er die Verhandlungen mit den Polen leiten wird. Diese nehmen am Montag ihren Anfang. — Der Manchester Guardian erfährt, daß die Ausichten auf ein Gelingen der Verhandlungen in Wlinsk nicht günstig sind. Die Polen hätten noch die Ueberzeugung, daß sie noch nicht geschlagen seien und durch eine Fortsetzung des Kampfes ihre Stellung verbessern könnten. Die polnische Abordnung habe den Auftrag erhalten, die Forderung, sich ganz oder teilweise entwaffnen zu sollen, nicht anzunehmen.

Die russischen Bedingungen.

Der Korrespondent des Temps in London glaubt zu wissen, daß die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, die der polnischen Friedensdelegation übermittelt werden sollen, wesentlich abweichen von denen, die Kamenev Lord George übermitteln hat. Nach seiner Kenntnis wird die Sowjetregierung Punkt für Punkt den hauptsächlichsten Klauseln des Versailleser Vertrages folgen und den Entente gegenüber das selbe Verhalten einnehmen, das die Entente gegenüber Deutschland eingeschlagen hat. Im Osten würde die Grenze günstiger sein, als die Lloyd-George-Linie. Die Russen seien aber nicht gewillt, irgendwelche Garantien in Bezug auf die Aufrechterhaltung des polnischen Korridors zu geben.

Savas verbreitet einen Warschauer Funkspruch über die Verhandlungen in Wlinsk, wonach die Russen die Fortführung der Verhandlungen von neuen Forderungen abhängig machen. Sie verlangen u. a., daß die von Polen angenommenen Verpflichtungen von den Verbündeten gewährleistet werden. Drei Mitglieder der polnischen Abordnung sind zu Verhandlungen mit der Regierung nach Warschau zurückgekehrt. — Die Daily Mail meldet aus Moskau: Hier wird ein Wlinsk Funkspruch bekannt, nach dem die Russen in Wlinsk die Zurücknahme der Anerkennung des Generals Wrangel von Frankreich als Vorbedingung zur Fortführung der Friedensverhandlungen mit Polen stellen.

Der Kampf um Warschau.

Wie die Posener Blätter aus Warschau melden, ist die Entschlußnahme um die polnische Hauptstadt seit Freitag im Gange. Auf beiden Seiten stehen zusammen 600 000 Mann im Kampfe. Längs der Eisenbahnlinie Warschau-Danzig hält sich die polnische Verteidigung, dagegen haben die Russen im Osten der Stadt Fortschritte gemacht.

Der Ring um Warschau hat einen Radius von 20 Km. Die Westfront wird zuerst bei Nowo-Georgiewsk erreicht. Wyzogrod wird von Norden umgangen werden.

Der Chef der 4. bolschewistischen Armee Weger, erklärte einem deutschen Journalisten, daß Warschau von allen vier Seiten eingeschlossen und die Einnahme eine Frage kürzester Zeit sei. Die 4. Armee stehe 60 Kilometer vor Warschau, die anderen Armeen seien schon näher heran. Später kam die Nachricht, daß in Prag, der Vorstadt Warschaws, schon gekämpft werde. Weger erklärte weiter: Die 4. Armee rückt in den Korridor ein und wird nur dann dort herausgehen, wenn ihn die Deutschen besetzen. Auf die Frage, ob man mit den Polen Frieden schließen werde, erklärte der Führer der 4. Armee: „Gewiß, doch hat ja...“ 30. Juli in Warschau eine polnische Sowjetregierung gebildet, an deren Spitze Julian Marchewski steht. Diese Regierung wird nach der Einnahme Warschaws dorthin übersiedeln, und man wird mit ihr Frieden schließen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auf die Frage, wie man sich in Sowjetrußland verhalten werde, erklärte Weger, daß Westpreußen und Posen das Recht gegeben werden müßte, selbst zu entscheiden, welchem Staate sie sich anschließen wollten. Sowjetrußland werde das Selbstbestimmungsrecht achten. Die Grenzen müßten nach der freien Willensbestimmung der Völker gezogen werden. — Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wurden erörtert. Von bolschewistischer Seite wies man darauf hin, daß der unmittelbare Warenaustausch im Interesse beider Völker liege. Man wäre bereit auf Vereinbarungen bereit. Weger versicherte Weger, daß Rußlands Ernte eine gute Mittel-ernte sei. Man werde die Grenzbezirke versorgen, um einem Einfall der hungernden Bevölkerung in deutsches Gebiet vorzubeugen. Für Warschau sei schon Getreide im Anrollen, damit die Bevölkerung nach der Einnahme Warschaws beliefert werden könne.

Der Daily Herald meldet von der polnischen Front, die Rote Armee stehe augenblicklich in einer Stärke von nahezu 100 000 Mann bereit, die Festung Warschau von mehreren Seiten aus zu nehmen. Demselben Blatte zufolge besagt ein Moskauer Funkspruch, die bolschewistische Heeresleitung schätze die polnischen Gesamtverluste auf über 30 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Die Rote Armee habe über 400 Geschütze, 700 Maschinengewehre und sehr viel sonstigen Kriegsbedarf erbeutet.

Im Gegenjatz zu den obigen Auslassungen des russischen Heerführers, der den Fall Warschaws schon für die nächsten Tage voraussetzt, steht eine Neutermeldung aus Warschau von Freitag: Der Einbruch der Russen in die polnische Nordfront bei Pultusk hat lediglich zur teilweisen Zurücklegung der polnischen Linie hinter Pultusk geführt, ist aber ohne Einfluß auf die Verteidigungsmaßnahmen für die Festung Warschau geblieben. Die polnische Heeresleitung ist überzeugt, Warschau sechs Monate halten zu können. Die Russen haben bei dem Vormarsch nach Thorn Serpez besetzt. Zwischen Klonk und Plozk (an der Weichsel) sind die Russen auf Bielek zurückgeworfen worden.

Aus Warschau wird gemeldet: Angesichts der sehr ernst gewordenen militärischen Lage haben die hiesigen fremden Gesandten, die ihre Personal schon vor mehreren Tagen weggeschickt haben, nunmehr ebenfalls Warschau verlassen. Der neu ernannte Militärgouverneur von Warschau, General Patnik, blickt recht hoffnungsvoll auf den kommenden Entscheidungskampf. Warschaws Verteidigungslinie, so erklärte er, sei in der Fortifikation nunmehr namentlich im Osten und Norden völlig fertiggestellt, und er sei der Ansicht, daß an dieser Stelle die Macht des Feindes zerschellen werde.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Oberndorff, ist mit den Chefs der anderen fremden Missionen aus Warschau in Begleitung des Vertreters des polnischen Ministeriums des Äußeren in Posen eingetroffen.

Anweit Soldau landete am Sonntag ein polnisches Flugzeug mit 2 polnischen Offizieren; sie wurden von den Russen gefangen genommen und waren überrascht, den Korridor von den Russen schon besetzt zu finden. Sie kamen aus

Warschau und geben an, daß die Stadt fast vollständig umzingelt sei. Eine große Panik sei ausgebrochen. Die Bevölkerung flüchte und verkaufe mit ihren Wagen die Müll- und Abfallstoffe. Alle 18-50jährige Männer seien zur Wehrwehr eingezogen. Mit dem Fall der Festung sei jeden Augenblick zu rechnen.

Vormarsch der Russen auf Graudenz und Thorn.

Aus Allenstein wird gemeldet: Der Vormarsch der Russen dauert unentwegt an. Sie haben Lauenburg, Strosburg und Löbau besetzt und rücken zurzeit gegen Graudenz und Thorn vor, wo sie starken Widerstand erwarten. Weiter südlich stehen die Russen auf Nowo-Wlinsk und die Nordfront von Wodlin. Die Straße, die nach Nowo-Wlinsk führt, wurde von den Russen genommen.

Die Russen in Soldau.

Der Mitarbeiter der Berliner Nationalzeitung an der polnisch-russischen Front meldet, daß die Russen nunmehr Soldau besetzt haben. In der Stadt hat der Arbeiterkampf bedeutenden Schaden angerichtet. Die Flüchtlinge aus Soldau wurden vom Landrat von Weidenburg in Baranin untergebracht. Sie hoffen, bald nach Soldau wieder zurückkehren zu können. Die Verteidigung der Polen bei Soldau wurde von einem französischen Major namens Tschard geleitet, der früher Mitglied der Verbandsabordnung war. Um der drohenden Umfassung zu entgehen, zogen sich die Polen zurück. Major Tschard erlitt bei der deutschen Grenzwehr und wollte sich ergeben, forderte aber, wie ein Neutraler behandelt zu werden, indem er sich als Mitglied der Verbandsabordnung auswies. Das Verlangen wurde selbstredend von der deutschen Grenzwehr abgewiesen. In Mlawka haben die Russen bereits Sozialisierungsmaßnahmen durchgeführt. In dem abgetretenen Gebiet erwartet die Bevölkerung die Russen als Befreier, sie ist aber kommunistischen Ideen abhold.

Die Entente für den Schutz Ostpreußens.

Wie die Times aus Paris meldet, nahm eine Sitzung des Obersten Rates am Freitag Erklärungen Deutschlands über die Aufstände der in Ostpreußen versammelten Reichswehrtruppen entgegen. Auf Grund der deutschen Erklärungen wurde der Widerstand des Verbandes gegen den Einmarsch der Reichswehr in die Abstimmungsgebiete und gegen eine gefahrene Besetzung der östlichen Reichswehrgarnisonen fallen gelassen. Dem deutschen Geschäftsführer wurde am gleichen Tage von der Entscheidung des Verbandes Kenntnis gegeben.

Wie von zuständiger Berliner Seite mitgeteilt wird, sind die leitenden Behörden Ostpreußens bemüht, durch harte Grenzicherung die Provinz Ostpreußen vor Uebergriffen von beiden Seiten zu sichern. So sind in den letzten Tagen neben den bereits vorhandenen Hundertschaften der Sicherheitspolizei mehrere Hundertschaften zur Unternehmung der Landespolizei Ostpreußens eingesetzt worden. Die Grenzüberwachungsstellen sind jetzt überall durch eine genügende Zahl von Grenzpolizei gesichert, während die übrige Grenze durch berittene Abteilungen der Sicherheitspolizei ständig bewacht wird.

Der Oberpräsident von Ostpreußen erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens, worin er zum Schutze der Heimat und zur Wahrung der Neutralität die Bildung von Grenz- und Ortswehren genehmigt. Alle Schichten der Bevölkerung sollen in diesen Wehren gleichmäßig vertreten sein.

Anhaltung von Kriegsmaterial in Karlsruhe.

In Karlsruhe haben die Eisenbahner eine Anzahl von Eisenbahnwagen angehalten, weil sie glauben, daß diese Wagen Kriegsmaterial nach Polen schaffen sollten. Es sind ungefähr 60 Wagen angehalten worden, welche Kriegsmaterial, darunter Automobile, Benzin, Uniformen usw. enthielten. Die Wagen waren angeblich für die Tscheko-Slowakei bestimmt und zum Teil an kaiserliche Grenzstationen, einige auch direkt nach Polen adressiert. Mittlerweile trafen immer noch neue Eisenbahnwagen ein und wurden gleichfalls angehalten. Man erwartet in Baden die Freigabeung des Reichsverkehrsministeriums im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt.

Wieder-Aufnahme der Arbeit im Saarland.

Meldungen aus dem Saar-Revier zufolge wurde am Samstag vormittag, obgleich die Verhandlungen zwischen der Regierungskommission der Saarregierung und der Streikleitung der Beamtenschaft noch nicht zu Ende geführt sind, die Arbeit aller Werke wieder aufgenommen. Der Eisenbahnverkehr vorläufig noch, da teilweise die Weichen defekt sind und die Schienen aufgerissen wurden. Von den verhafteten Personen wurde ein großer Teil wieder freigelassen. Die Journalisten befinden sich noch in Haft. Im allgemeinen ist alles ruhig. Der Verkehr ist wieder normal. Auch der Telefon- und Telegraphenverkehr wurde wieder aufgenommen. Da die wesentlichen Forderungen der Arbeiterchaft bisher angenommen wurden, werden die Verhandlungen zu Ende gehen.

Aus Saarbrücken wird vom 14. August gemeldet: Der Belagerungszustand ist mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Der deutsche Geschäftsführer in Nom überreichte der italienischen Regierung eine Denkschrift der deutschen Regierung über den Generalstreik im Saarrevier. Der tiefste Grund dafür sei die Französisierungspolitik des Verwaltungsausschusses. Sie finde ihren Ausdruck in der Behandlung der Beamtenfrage, in der Verlassung der französischen Truppen entgegen den Bestimmungen des Versailleser Vertrages, im Fortbestand der Kriegsverträge und darin, daß die wichtigsten Stellen der Franzosen anvertraut seien. Zum Gerichtspräsidenten sei Nippold ernannt worden. Die Innenverwaltung sei Frankreich überlassen, die Parlamentswahlen würden verzögert. Wenn für das zurückgetretene Regierungsmittel noch der französischenfreundliche Geheimrat Muth gewählt werden sollte, so wäre das eine neue Herausforderung der Bevölkerung. So lange ein solches System andauere, das zu den Interessen der Bevölkerung in schärfstem Gegensatz stehe, sei keine Verabingung zu erwarten und die Verantwortlichkeit für die unabsehbaren Folgen würden in diesem Falle ausschließlich auf die Saarverwaltung zurückfallen.

Die „Köln. Stg.“ meldet aus Kreuznach: Wie hier bekannt geworden ist, soll die Regierungskommission für das Saargebiet in einer Eingabe an den Reichspräsidenten gebeten haben, das Mandat über das Saargebiet Frankreich allein zu übertragen. In der Begründung soll gesagt sein, die

Regierungskommission verfüge nicht über die Machtmittel, angesichts der Haltung der Bevölkerung, die Frankreich im Abkommen über das Saarland zugesandene sichere Ausbeute der Saargruben zu gewährleisten. Gleichzeitig werde in der Eingabe gebeten, bis zur Regelung dieser Frage das Rheinlandabkommen auch für das Saargebiet in Anwendung zu bringen.

Kreuznach, 16. Aug. Der Oberbürgermeister der Stadt Kreuznach war vor einiger Zeit bei der Besetzung seines Amtes entlassen und aus Kreuznach ausgewiesen worden. Auf einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung war ein Antrag auf Rückkehr des Bürgermeisters Körndes und dessen Wiederernennung in sein Amt gestellt worden. Die interalliierte Kommission hat diesem Antrag nicht stattgegeben, sondern die endgültige Absetzung und Ausweisung Körndes verfügt.

Saarhilfe.

Die deutschen Beamten und Staatsarbeiter, der Gesamterverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und die Deutsche Postgewerkschaft rufen ihre Mitglieder und die Deutsche Postgewerkschaft zu Spenden für die Opfer der Saarbewegung auf. Spenden für die Opfer der Saarbewegung sind unter dem Namen Saarhilfe an das Konto des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Depositionskasse der Distriktozialgesellschaft, Lindenstraße 2, Berlin SW., oder an das Postfachkonto der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner Berlin 20 437, zu leisten.

Der Jøllenhagener Massenmörder Schumann.

Gegen das vom Schwurgericht gegen den Massenmörder Schumann ergangene Todesurteil war vom Verteidiger des Angeklagten die Revision angemeldet worden. Diese hat sich jetzt infolge eines charakteristischen Schreibens Schumanns an den Justizanwalt erledigt. Das Schreiben lautet: „Ich verzichte auf Revision und wünsche deren Rücknahme. Ebenso widerspreche ich einem von Ihnen beabsichtigten Ersuchen, da ich nach meiner Meinung unschuldig verurteilt bin, und das Gericht für die Todesstrafe die Verantwortung trägt. Ich beantrage als mein Recht die halbtägige Ausübung des Todesurteils. Selbstmord habe ich nicht begangen und begehle ich nicht, da das ein Schuldiger hätte. Infolge dieses Schreibens hat der Verteidiger die Revision zurückgezogen, und das Urteil ist rechtskräftig.“

Eine Unterredung mit Ludendorff.

General Ludendorff weilt zurzeit zu kurzem Aufenthalt bei dem Erbgrafen Jünger-Babenhausen auf Schloss Wellenburg bei Augsburg. Der General empfing den Vertreter einer Augsburger Zeitung zu einer Unterredung. Er beendete zu Beginn des Gesprächs, wo er in der nächsten Zeit endgültig nach München übersiedeln werde, wo er ein Landhaus gemietet habe. Er betonte, daß er nur Privatmann sei. Zu der seinen Namen tragenden Spende für Kriegsbefähigte meinte er: „Ich habe mich vollständig von der jetzt in „Volkspende“ umgetauften Ludendorffspende zurückgezogen. Was mit ihr geschieht, weiß ich nicht. Wie die Mittel, die sich auf rund 170 Millionen Mark belaufen, in Bayern verwandt werden, ist mir völlig unbekannt. Ohne Bitterkeit gedachte der General der verschiedenen Gerichte, die über die Ludendorffspende mit seiner Person in Verbindung gebracht wurden. Seiner Frau wurde seiner Zeit gesagt, daß er mit der Ludendorffspende unter dem Vorwand nach Schweden gereist sei. Zu den politischen Verhältnissen übergehend, bemerkte der General: Um den Neutralitätsstandpunkt, den die Regierung einnimmt und der gewiß gut sei, wahren zu können, sei Deutschland zu schwach. Ohne eine Armee lasse sich eine Neutralität nicht aufrechterhalten. Auch er stehe auf dem Boden, den die Regierung betreten habe. Aber das läßt ihn auf Grund der geschichtlichen Lehren in seiner Ueberzeugung nicht irren machen, daß dazu eine bewaffnete Macht gehöre. Ohne sie sei Deutschland weiter nichts als ein Spielball zwischen der Entente und Rußland. Macht sei nun einmal die Grundlage jeder Politik und ohne sie sei Neutralität undenkbar. Die Forderung der Entente auf Verminderung der Reichswehr sei ihm unverständlich; sie zeugte von einem vollständigen Verkennen der Lage seitens der Entente. Eine große Gefahr sei auch die falsche Beurteilung der Wesensart des Bolschewismus. Er sei bestrebt worden in seinem Urteil durch eine Unterredung, die er mit einem hohen Geistlichen hatte, der die Verhältnisse studiert habe. Was von Wendungen zum Besseren, die dieser Bolschewismus durchgemacht haben soll, berichtet werde, sei durchaus unrichtig. Die Maßnahmen im besetzten Polen bezogen dieses klar. Der Bolschewismus sei die Vernichtung jeder Kultur. Man spreche so viel von zaristischen Offizieren und einem Aufflammen des alten russischen Nationalismus, aber die sogenannten zaristischen Offiziere, welche die russische Armee befehligen, hätten nichts zu sagen. Der Oberkommandierende General Brussilow sei weiter nichts als ein Gefangener in den Händen der Bolschewisten. Der geistliche Gewährungsmann Ludendorffs habe ihm auch von dem in Rußland herrschenden Schrecken, von der großen Not, die sogar dazu geführt habe, daß in St. Petersburg Menschenleichen gegessen seien, erzählt. Es gehöre mit dazu, dies wiederzugeben, weil es unglaublich klinge. Aber an das Un glaubliche müßten die Deutschen sich gewöhnen, wenn sie die Wahrheit sehen wollten. Diese zu erkennen sei ungemein schwer, da die bolschewistische, geschickt arbeitende Propaganda jedem Deutschen nur das sage, was ihm gefalle. Ein Zusammengehen mit Rußland sei gewiß zu erstreben; ob das aber mit einem bolschewistischen Rußland denkbar sei, bezweifle er ganz entschieden.

Die Reichseinnahmen 1919-20.

Voranschlag und wirklicher Ertrag.

Nach dem jetzt vorliegenden Rechnungsabluß für das Haushaltsjahr 1919-20 haben Mehreinnahmen gegenüber dem Anschlag ergeben:

Grundstücksübertragungsstempel	273	50
Verkehrssteuergeld	59	28
Reichsabgabe vom Güterverkehr	261	175
Reichsabgabe vom Personenverkehr	203	170
Kohlensteuer	1354	790
Erwerbsteuer	84	75
Erbschaftsteuer	104	75
Kriegsabgabe 1916 und Zuschlag	97	—
Außerordentl. Kriegsabg. 1918-19	1085	—
Reichsnotopfer	2	—
Vermögenszuwachsabgabe	1,8	—
Post- und Telegraphenvermehrung 1850	—	1334

Die Aufseherentlohnungen bei der Weinsteuer und bei der Kohlensteuer sowie bei den Verkehrsabgaben sind in den Preissteigerungen, bei der Börsensteuer in der Geschäftszunahme begründet.

Mindereinnahmen haben ergeben: Zuckersteuer 162 gegen 180 Millionen, Salzsteuer 69 gegen 75 Mill., Tantiemesteuer 11 gegen 18,5 Mill., Pflanzsteuer 80 gegen 100 Mill., Umsatzsteuer 804 gegen 960 Mill. Aus neuen Steuern, deren Ertrag auf 9500 Mill. veranschlagt ist, sind Einnahmen noch nicht veranschlagt.

Nach dem Anschlag beträgt die Gesamtsumme der Einnahmen (einschließlich 9500 Mill. aus neuen Steuern) 14 878 Millionen. Die tatsächliche Einnahme hat 9726 Millionen betragen, so daß sich ein Fehlbetrag von 5152 Millionen ergibt. Läßt man den in den Anschlag eingestellten Ertrag der neuen Steuern außer Betracht, so ergibt sich ein Plus von 4348 Millionen gegenüber der Gesamtsumme der veranschlagten Einnahmen.

Die Bergbaufragen.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Bergbauverbandes und den zur Arbeitsgemeinschaft gehörigen Bergarbeiterorganisationen über die Lohnregelung, das Lebensmittelpreiswesen und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen werden in Essen am kommenden Mittwoch beginnen.

Aus Oberkassel und Umgegend.

Oberkassel, 17. August 1920.

Das stille Wirken des Bürgerfinnes.

Gemeinde und weiterhin der Staat leben nicht bloß und zuerst von der amtlichen und ehrenamtlichen Selbstverwaltung, von der lauten und streiterfüllten Politik; die Tüchtigkeit der einzelnen Bürger und Bürgerinnen, echtes Familienleben, gesunde Berufs- und Standesorganisationen, die freien Arbeitsgemeinschaften der vielfältigen Wohlfahrtspflege bauen erst die Wohlfahrt von Volk und Reich in Stadt und Land auf. Des Bürgers Tugend und Fleiß schaffen die Wohlfahrt von Gemeinde und Staat in treuer Sorge und Arbeit; Regierung und Verwaltung können sie nur dabei unterstützen. So muß auch der Bürger und die Bürgerin aus eigenem Antriebe, jeder an seinem verantwortlichen Platz, für Ordnung, Recht und Sitte, Friede und Eintracht eifern und trachten, gerade so wie Mann und Frau, Eltern und Kinder in der Familie.

So muß man sagen, daß das stille Leben und Wehen des Bürger- und Bürgerinnensinnes die Seele und das Herz in der Gemeinde und des Landes sind, daß die tagtäglich, von der Öffentlichkeit nicht beachtete und nicht beschränkte Tätigkeit und Arbeit eines jeden an seinem Platz in Haus, Nachbarschaft und Verwandtschaft, in Beruf und Stand, in Wohltätigkeit und Wohlfahrtspflege mehr zum Gemeinwohl des Volkes beitragen muß, als die Tätigkeit der Regierung, Volkvertretung und Verwaltung, als das geräuschvolle Treiben auch der Parteien beitragen können. Das Bürgerleben erschöpft sich also nicht im Wählen, in Anteilnahme an politischen Parteileben, so wichtig dies auch ist; das Bürgerleben ist in seiner Wurzel Ausweitung des persönlichen und Familienlebens des Bürger- und Bürgerin zum Volks- und Gemeinwohl, aus Familiensinn gegen alle Schicksalsgenossen im eigenen Volke.

Was soll aus der Invalidenversicherung werden? Durch das Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. 5. 20 sind die Rentenzulagen vom 1. 7. 20 ab wiederum um die Hälfte erhöht und gleichzeitig Zulagen für Waisen eingeführt worden. Die Rentenzulagen betragen jetzt mehr als das Doppelte aller Renten. Sie werden das Vermögen der Landesversicherungsanstalten in einigen Jahren verschlingen, wenn nicht durch eine weitere Beitragserhöhung die Betriebsmittel der Versicherungsanstalt beträchtlich vermehrt werden. Die am 1. 8. 1920 eingetretene Beitragserhöhung — so hoch sie dem Uneingeweihten auch erscheinen mag — genügt kaum zum Ausgleich der Last aus den bisherigen Zulagen; für die gleichzeitige Erhöhung und weitere Ausdehnung der Zulagen auf Waisen fehlt wiederum die Deckung. Wir wollen auf die Einzelheiten, insbesondere das Zahlenmaterial nicht näher eingehen, da es uns nur darauf ankommt, in kurzer eindringlicher Weise auf die der Invalidenversicherung drohende Gefahr hinzuweisen. Tatsache ist, daß die Landesversicherungsanstalten vom 1. August 1920 ab keine Beitragseinnahme von den Oberpostämtern mehr erhalten können, weil sie zur Bezahlung der Renten und Zulagen gebraucht werden und dazu nicht einmal ganz ausreichen. Die Kosten des Heilverfahrens und der Verwaltung können nur zum Teil aus den gehenden Vermögenszinsen gedeckt werden, es müssen zur Deckung des Fehlbetrages jährlich Millionen aus dem Landesvermögen entnommen werden, um die Aufgaben der Landesversicherungsanstalten in dem bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten. Für Waisenkinder wird der Vermögensverlust mit etwa 6 Millionen Mark jährlich beginnen und sich dann von Jahr zu Jahr steigern. Die Versicherungsanstalten haben seit Einführung der Rentenzulagen fortgesetzt Deckung für diese Mehrbelastung durch Erhöhung der Beiträge gefordert, leider ohne damit durch zu dringen. Als sie endlich, 2 Jahre zu spät, kam, verband man damit neue Lasten und verschleuderte dadurch die ohnehin schon sehr ungenügende Finanzlage der Landesversicherungsanstalten noch mehr. Man ist auf dem besten Wege, sie ganz zu Grunde zu richten. Die Versicherungsanstalten sind jetzt gezwungen, fast täglich zur Deckung laufender Ausgaben Kredit in Anspruch zu nehmen, da ihnen Beitragseinnahmen nicht mehr zufließen, das Heilverfahren und die Verwaltung aber große Summen erfordern. Es muß bräunend Blöße ge-

halten werden, zunächst in der Weise, daß zur Deckung der Rentenzulagen Kriegsanleihen von denen die Versicherungsanstalten die reichliche Menge Geldmittel bekommen werden dürfen, damit sie wieder flüssige Geldmittel bekommen. Dann unverzüglich eine weitere Erhöhung der Beiträge erfolgen auch müssen höhere Lohnlöhne neu gebildet werden. Da neben ist zu prüfen, ob nicht durch Verschmelzung der In- und Invalidenversicherung mit der Invalidenversicherung eine bedeutende Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung zu erreichen ist. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran um zu verhindern, daß die Versicherungsanstalten ihre für die Volkswirtschaft gerade in der gegenwärtigen Zeit besondere wichtigen Tätigkeit nicht einschränken müssen.

Eine deutsche Sportkonferenz. Eine Art Parlament der Leibesübungen hat der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen für den 25. September nach Rassel einberufen. Die mehrtägige Konferenz, zu der zahlreiche Anmeldungen bereits vorliegen, soll den Stadt- und Ortsgruppen des Reichsausschusses Gelegenheit zu einer Aussprache über die Förderung der Leibesübungen geben. Von den vorgesehener Referenten seien die folgenden, wichtigsten genannt: Edelhofer, Bremen (Das selbständige Amt für Leibesübungen), Turninspektor Eckernach, Frankfurt (Grundlagen für die Anforderung von Mitteln für sportliche Zwecke im städtischen Haushalt), Stadtkommandant Wolff, Hannover (Die Spielplatzfrage), Sportlehrer Waizer, Nürnberg (Anstellung von städtischen Turn- und Sportlehrern), Rechtsanwalt Lang, München (Reichsjugendwettkämpfe, Frauennturn- und Sportfest und ähnliche Veranstaltungen), Geh. Regierungsrat Hagen, Hannover (Verwaltung und Zusammenhang der Ortsgruppen mit dem D. R. f. L.). Die Konferenz, die vom Generalsekretär des D. R. f. L., Karl Diem, geleitet wird, soll neue gangbare Wege zeigen, auf denen die Leibesübungen im Interesse der gesamten Bevölkerung gefördert werden können.

Eine Riesenleistung. Die von Frankreich geforderten zwei Millionen Tonnen Kohlen pro Monat erfordern täglich 300 Wagen gleich 100 Eisenbahnzüge zu je 50 Waggons.

Wie man Schecks gegen Fälschungen sichert. Die zunehmende Verwendung von Schecks, die durch die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hervorgerufen ist, verleiht auch der Gefahr der Scheckfälschungen höhere Bedeutung, und immer wieder hört man in neuester Zeit von solchen Verbrechen. Frisch Hansen gibt daher in der „Rundschau“ eine Reihe von Mitteln an, durch die man die Schecks gegen Fälschungen sichern kann. Am meisten bedroht sind Schecks durch die mögliche Entfernung des einmal Geschriebenen, der man am besten durch die Verwendung eines geeigneten Papier begegnet. Je minderwertiger und schlechter geleimt das Papier ist, desto mehr ist man gegen jedes Schreiben oder Zeichnen auf den durch Radieren veränderten Papierstellen, sowie überhaupt gegen jeden mechanischen oder chemischen Eingriff geschützt. Es empfiehlt sich die Verwendung eines nur halb oder dreiviertel geleimten Holzschnittpapiers, das aber höchst sorgfältig hoch satiniert sein muß, damit es sich erstmalig gut beschreiben läßt. Durch diese Nachbehandlung wird also die im Stoff minderwertige Papierfaser nicht billiger zu stehen kommen, als Besseres Papier. Die Veränderung des Unterdrucks beim Scheck oder die Entfernung der Schrift kann auch auf chemischem Wege geschehen. Die Farbe der Tinte und des Unterdrucks muß also gegen solche Radierflüssigkeiten möglichst empfindlich gemacht werden. Dies erreicht am ein einfachsten durch Verwendung sogenannter Papierfarbe. Ein gut und sauber ausgeführter Kopierfarbendruck ist das beste Mittel gegen jeden Eingriff mit irgendeiner Flüssigkeit. Wer aber von der Verwendung des Kopierunterdrucks absehen will, nehme eine möglichst äurechte Tinte. Da die gewöhnliche Schreibfarbe stets Säure enthält, so ist die Säureempfindlichkeit der Farbe ein hervorragendes Sicherungsmittel. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei der Herstellung von Scheckformularen, sie gegen Fälschung sicher sein wollen, gerade entgegengesetzt zu dem Verfahren arbeiten muß, als wenn man andere gute Druckarten herstellen will. Papier und Farbe müssen blauer von schönem Aussehen, aber möglichst geringem innern Wert sein.

Köln, 16. Aug. In der Stadtratsitzung kam es zu hitzigen Besprechungen über die bekannten Butter- und Milchhiebungen in der Vereinigten Meierei der Kölner Landwirte. Stadtv. Sollmann richtete eine Anfrage an den Direktor Kemmler der Vereinigten Meierei der Kölner Landwirte, ob die Entfaltung des unabhängigen Presseorgans „Rheinische Republik“ auf Wahrheit beruhten. Sei dies der Fall, so habe man verbrecherisch wie gemeine Schurken an den armen Hungerigen Kleinen Kindern und an der gesamten Kölner Einwohnerschaft gehandelt. Stadtv. Schäfer gab als Leiter der städtischen Lebensmittelversorgung Aufschluß über die dunkle Angelegenheit. Danach war bereits zehn Tage vor dem Erscheinen des ersten Entfaltungartikels eine Untersuchung in der Vereinigten Meierei der Kölner Landwirte wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten erfolgt. Am 4. Juli hatten die beiden Kontrollreue Pieper und Müller um nochmalige unerwartete Revision, die unter Leitung eines Gerichtsarztes auch sofort ausgeführt wurde. Hierbei fanden sich in einem wohlverschlossenen Schrank gut verpackt etwa 100 Pfund Butter, wodurch ein Teil der Beschuldigungen erwiesen wurde. Anwiefern die übrigen starken Schuldbelastungen auf Tatsache beruhen, könne erst das eingeleitete Gerichtsverfahren zeigen. Demnach die Akten bei der hiesigen Staatsanwaltschaft befinden. In weiteren Verlauf griff Stadtv. Dahlen den Oberbürgermeister Aldenauer an und beschuldigte auch ihn, angeblich zu die Milch aus der Vereinigten Meierei der Kölner Landwirte bezogen zu haben. Der Angegriffene legte an Hand vorzüglichen Attesten dar, daß er nach Wiederherstellung von einem Automobilunfall im Frühjahr 1917 nur eine sehr geringe und ihm wirklich zuzurechnende Menge Milch erhalten habe. Im späteren Verlauf der Sitzung wies der Oberbürgermeister die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen als grund- und haltlos zurück. Er erklärte er würde es nie mit seinem Gewissen vereinbaren können, so niedrig zu handeln, daß er den kleinen Kindern die notwendige Milch, wie es geschehen sei, entziehe, um sie für sich zu verwenden. Die Erklärung wurde mit großem Beifall der Bürgerlichen aufgenommen.

Siegen, 16. Aug. Die seit Anfang ds. Js. durch viel Fahrten von Elbe und Ober Stark vermehrte Rheinflot erhielt durch ein eigenartiges Schiff weiteren Zuwachs. In Anhang des Schleppdampfers Louis Kammengieser fuhr heute das 2. vollständig aus Zement in Holland erbaute Schiff Internationale Nr. 10 auf seiner ersten Vergahrt nach Mainz-Mannheim. Soax die Wohnräume des Schiff-

fers und der Matrosen sind ganz aus Zement hergestellt. Eigentümer des Schiffes das eine Ladung Kohlen befördert, ist eine holländische Firma.

Machen, 16. Aug. In der Großdramatiker sprangen am hellen Nachmittag zwei Personen aus einer Droschke auf zwei vorübergehende Passanten zu und verfielen einem derselben einen Messerstich, an dem er starb. Die beiden Täter fuhr dann schleunigst davon und sind unerkannt entkommen.

Eupen, 16. Aug. Die Polizei in Eupen, die durch das auffallende Benehmen eines schweizerischen Doktors, der sich Edgar Schmidt nennt, aufmerksamer geworden war, hat diesen verhaftet, nachdem sie deshalb mit dem belgischen Königl. Kommissar General Baltia Fühling genommen hatte. Die betreffende Persönlichkeit hatte Beziehungen mit Zeuten unterhalten, die der deutschen Propaganda in dieser Gegend verdächtig sind, sowie mit dem Vizepräsidenten der Machener Handelskammer, einem der Führer der Propaganda gegen Belgien. Bei dem Verhafteten fand man einen mit fünf Kugeln geladenen Revolver und Schriftstücke und Broschüren über die revolutionäre Propaganda in allen Ländern, darunter über den russischen Bolschewismus und über den belgischen Aktivismus (Namenbewegung). Er wurde dem Untersuchungsrichter in Verviers übergeben.

Wipperfurth, 16. Aug. Eine drohende Geschichte wird von Essen bei Kreuzberg berichtet. Es ist da vor einigen Tagen die Familie am Raffectisch, als ein Gepolter auf der Treppe die Familie auseinandertrieb. Ein junger Stier hatte sich im Stall losgerissen, war die Treppe heraufgeklettert und in das Schlafzimmer eingedrungen. Hier hatte das Tier an den dort aufgestellten Betten mit seinen Hörnern sich zu schaffen gemacht und mehrere Möbel umgeworfen. Es kostete nicht geringe Mühe, den dreifüßigen Patron herunterzubefördern und ihm seinen Platz im Stalle wieder zuzuwenden.

Zwiesel, 16. Aug. Ein schreckliches Unglück ereignete sich am Samstag mittag. Der 11jährige Johann Kowalski von hier kletterte an einem der Telegraphenmasten empor und kam mit der Hochspannung in Berührung. Dem bedauernswerten Jungen wurden beide Arme sowie die Schädeldecke vollständig verbrannt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

M.-Glabbech, 16. Aug. Vom Kreisarzt wird der Presse geschrieben: In der Presse ist wiederholt auf die leichte Gebrechbarkeit der Ruhr hingewiesen worden und die Notwendigkeit einer strengen Absonderung im Krankenhause betont worden. Trotzdem stoßen noch immer die Ärzte mit dieser Anordnung bei der Bevölkerung auf Schwierigkeiten. Etwa zwei Drittel der 105 Kranken in M.-Glabbech sind in Krankenhäusern untergebracht worden, ein Drittel dagegen in der Familie verbleibend, meist in ganz unzulänglicher Absonderung. Unter diesen Umständen wird die Einschränkung der Seuche zur Unmöglichkeit. Auch die ausdrückliche Warnung, in Ruhrhäusern, bezw. Familien keinen Besuch zu machen, noch Besuche zu empfangen, wird nicht ausreichend beachtet. Ja, das Unglaubliche ist vorgekommen, daß in einem Hause nach der Beerdigung eines an Ruhr Verstorbenen große Bewirtung der auswärtigen Begleitbesuche stattfand, in einem Zimmer, neben dem, durch offene Tür verbunden, ein anderer Ruhr-Krankenlager im Lehnstuhl lag. Daß unter solchen Umständen an ein baldiges Erlöschen der Seuche, die bis jetzt schon 9 Todesopfer gefordert hat, nicht zu denken ist, liegt auf der Hand.

Wiesbaden, 16. Aug. Hier hatte eine Weltfirma in der Nähe des Bahnhofes große Geländekäufe vorgenommen, die über 50 Mill. Mark ausmachten. Diese Käufe sind zu dem Zwecke abgeschlossen worden, um das Gelände für den Bau eines Rhein-Maas-Schelde-Kanals zu sichern. Für Wiesbaden erwartet man von dem Bau dieses Kanals eine gewaltige Entwicklung.

Bekanntmachung.

Auf Marke 16 für August können bei J. Schonauer 1/2 Zentner Briketts empfangen werden.

Am Güterbahnhof sind morgen Mittwoch von 1/8 bis 5 Uhr Kartoffeln in beliebiger Menge ohne Karte zu haben. Preis 55.— M. pro Zentner.

Preisabschlag

auf
1a. Aufnehmer
Bürstenwaren
Schwämme
20% Rabatt

Schw. Seife 7.20 M.

Josef Reltmeier

Kaufhaus für Lebensmittel
N.-Dollendorf a. Rh.
Hauptstraße 21.

Umzuschalber zu verkaufen:

2 gl. Mahagonibett, m. Matr. u. Reil, 1 Bett m. M. u. Reil, 2 f. n. Federbetten, 1 Steppede, 2 Eichenküche, 1 H. eis. Füllsen m. Rohr, 1 Einmachtopf, versch. Stehtragen Nr. 30, 1 n. Nidel- rasierrapparat mit Rollfr.

Obercassel, Wilhelmstr. 106.

6 Schlüssel

mit Kordel gebunden und Rinderhorn verloren. Abzugeben gegen Belohnung in die Geschäftsstelle dr. Zeitg.

Bakterien-

Präparate

zur radikalen Vernichtung von Ratten, Feld- und Hausmäuse frisch eingetroffen.

Josef Reltmeier,

N.-Dollendorf a. Rh.

Hauptstraße 21.
Moderne, gut und sauber gearbeitete Natur und weißlaktierte

Küchen

auch einzelne

Schränke

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.
Möbelgeschäft Ott,
Niederdollendorf, Heisterbacherstr. 8a.

Amtl. Bekanntmachungen.

1. Lebensmittel-Verkauf.

In dieser Woche gelangen in den Lebensmittelgeschäften zum Verkauf:

auf Verordn.- verpflichtet.	Bezeich- nung der Lebens- mittel	Menge Gramm	Verkaufspreis		Der Verkauf findet statt	Be- merk- ungen
			für die bezeichnete Menge	für das Pfund		
	Häferklofen	500	2,50	2,50	Samstag	
	Schmalz	125	4,25	17,00		

Die Hohe Interalliierte Kommission gibt folgendes bekannt: „In Ausführung der vom Oberkommando der Rheinarmee gegebenen Vorschriften über die Maul- und Klauenseuche sind von den Landwirten, welche Heerespferde entliehen haben, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Die Pferde müssen in einem Stalle untergebracht werden, der mit verseuchten Ställen nicht in Verbindung steht.
2. Die Pferde dürfen nur außerhalb des durch die deutschen gesetzlichen Bestimmungen abgegrenzten Grenzbezirks benutzt werden.
3. Die Pferde dürfen nur von Personen gewartet werden, die nicht mit der Pflege von erkrankten Tieren befaßt wird.

Danksagung.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so zahlreichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Ehrungen sagen wir auf diesem Wege allen, besonders dem Quartettverein Oberkassel unseren

herzlichsten Dank.

Math. Schmitz u. Frau

Erna geb. Hosse.

Oberkassel, 14. August 1920.

100 Mk. Belohnung!

Sonntag vormittag am Aufstieg des Trachensfels (Bahnhof der Zahnradbahn, an der Wartestelle der Fels-treiber) kleines Mutterhündchen, raffelos, braun m. weiß. Pfoten, Ohren lang, schwarz gepunkt, Schnauze spitz, fegartig, auf den Namen „Ret“ hörend, abhanden gekommen. Trägt Hundemarke Stadt Bonn 1918 Nr. 649. Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbringer erhält nur, weil Geschenk (sonst wertlos), obige Belohnung.

Wilhelm Engers, Bonn, Breitestraße 72.
Telefon 5531.

Dentist Carl Scheben

Oberkassel, Bahnhofstraße 8.

Anfertigung von Gold- und Kautschuk-Gebissen, Goldkronen und Goldbrücken, sowie sämtliche Füllungen.

Sprechstunden: 9—12 $\frac{1}{2}$, 2 $\frac{1}{2}$ —6, Sonntags von 10—12 Uhr.
Fernsprecher Nr. 276 (Amt Königswinter).

Wir kaufen sämtliche Obst Sorten u. jed. Quantum

auch zum Selbstpflücken.

Bez u. Arenz

Oberkassel Oberdollendorf

Bipperstraße 41 Lindenstraße 23
Telefon 408 Amt Königswinter.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.

(Alte Stuttgarter.)

Größte europäische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit. :: Gegründet 1854.

Versicherungsbestand Ende 1919 1 Milliarde 487 Mill. Mk.
Neuanträge in 1919 über 342

Alle Ueberschüsse gehören den Versicherten.
Keine Aufnahme- und keine Arztgebühren.
Hohe Dividenden.

Feuer-, Einbruch-, Unfall-, Haft-,
Auto- und Transport-Versicherung.

Auskünfte erteilt ohne Verbindlichkeit der Vertreter
Ed. Wonnenscheid, Oberkassel (Siegkreis).

R O B

Reise ohne Bargeld mit Sparkassen-Kreditbrief

Anstellung durch

Sparkasse der Bürgermeisterei
Oberkassel b. Bonn.

Rund um den Erdball.

Die letzte deutsche Weltreise
vor dem Weltkriege
von Philipp Bergers.

In Einzelheftungen vorrätig in der Buchhandlung
Johannes Düppen, Oberkassel.

Sparkasse der Bürgermeisterei Oberkassel b. Bonn

Tägliche Mündelsicher Einlagen 4%
Zinseszins

Geöffnet von 9—12 Uhr vorm. und von 1/3—5 Uhr nachm.
Samstags nachmittags geschlossen.

Verwaltung: Amt Königswinter.
Kassenbank: Giro-Konto Bonn. Postfach-Ronto 681u 7467.

Gebührenfreier Depoziten,
Kontokorrent-, Schecks- und Ueber-
weisungs-(Giro) Verkehr.

Schecks- und Giro-Verkehr

mit Ueberweisungen im Orts- und Nachbarorts-Verkehr,
sowie nach allen Plätzen Deutschlands.

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Gewährung v. Krediten. Einlösung v. Schecks u. dgl.
Ausgabe von Reisekreditbriefen.

Familien-Anzeigen gehören ins Heimatblatt

dessen Leserschaft in erster Linie Anteil an den Familienereignissen der Heimatbevölkerung nimmt. Die anerkannt vorzügliche Verarbeitung unseres Blattes sichert zudem jeder Anzeige die denkbar vorteilhafteste Verbreitung und Beachtung.

Neue Steuern!!

Erlidigung sämtlicher
Steuersachen.

Steuerberatungsstelle
Bruns, Bonn

Agrippinenstraße 12, an der Baum-
schul-Allee.

Fernsprecher Nr. 1182.

Kartoffel

prima Juli-Mieren
empfiehlt

Dissmann, Römlinghoven
Telefon 397.

Serrenkragen

(Steh- und Nonlegkragen, Nr.
39 bis 41) billig abgegeben
Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Netter Ehepaar ohne Kinder
(pers. Beamter) sucht

2-3 Zimmer

Offerten unter Nr. 501 an
die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Fräftig, gesunder

19er Apfelwein

bestes vorzüglich zu Pommes.
per Liter 5 Mk. ohne Steuer.
Peter Hock, Wein- und Apfel-
weinkellerei, Oberdollendorf.

Schicksal

Obleben, Reichtum, Heirat usw.
nach Steinen berechnet.

Charakter

n. b. Handschrift. Nur Geburts-
datum und Schrift einfinden.
Institut Rand-Beipia, Postfach 12

Zigarren

(nur rein-überseeische Quali-
täten) befriedigen jed. Raucher
Bitte machen Sie einen
Versuch!

- Nr. 1 Flor de Santiago
10 Stück M. 7.—
„ 2 Diplomat 10 St. M. 9.00
per St. M. 1.00
„ 3 Florida 10 St. M. 11.00
per St. M. 1.20
„ 4 Mars 10 St. M. 14.00
per St. M. 1.50
„ 5 La Patura 10 St. M. 19.00
per St. M. 2.00

Zigarillos fein gemittelt
10 Stück M. 5.00, 5.50, 6.50
Mittelmäßige Preisermäßigung.

Strangtabak

Extra Qualität.
1/2-Pfund-Rolle M. 17.00

F. C. Penzl

Oberkassel. Fernsprecher 296.

Entlaufen!

am Dienstag, den 10. Aug.
junger deutscher Schäferhund,
auf den Namen „Prinz“
hörend. Wiederbringer er-
hält Belohnung.

Th. Beckinghausen
Hartenberg bei Oberpleis.

Empfehle für die Einmachzeit:

Henriette Davidis Original

Kochbuch

in festem Einband (zirka 600 Seiten)
zu dem äusserst billigen Preise von

5.50 Mk.

Johannes Düppen, Oberkassel.